Kurzbericht

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(59. - öffentliche - Sitzung am 20. August 2025)

Tagesordnung:

1. **Für Artenschutz und Biodiversität: Einführung eines „Bodenbrüterbonus“ zur Intensivierung des Prädatorenmanagements**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/7190](#)

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er kommt einvernehmlich überein, zu dem Antrag eine Anhörung im schriftlichen Verfahren durchzuführen, und bittet darum, der Landtagsverwaltung bis zum 27. August 2025 den Kreis der Anzuhörenden mitzuteilen.

2. **Vielfalt säen, Sorten sichern - regionale Saatgutzucht stärken**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/7198](#)

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er kommt einvernehmlich überein, zu dem Antrag eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Als Termin hierfür nimmt er den 29. Oktober 2025 in Aussicht.

Er bittet darum, der Landtagsverwaltung bis zum 25. August 2025 den Kreis der Anzuhörenden mitzuteilen.

3. **Nahrungsmittelversorgung sichern, Kulturgut bewahren: Zukunftsperspektiven für die niedersächsische Küstenfischerei schaffen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6802](#)

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, zu dem Antrag eine Anhörung im schriftlichen Verfahren durchzuführen.

Er bittet darum, der Landtagsverwaltung bis zum 27. August 2025 den Kreis der Anzuhörenden mitzuteilen.

Seitens der SPD-Fraktion werden als Anzuhörende bereits die Landwirtschaftskammer Niedersachsen und der Präsident des Deutschen Fischerei-Verbandes e. V., Dirk Sander, benannt.

4. **EU-Entwaldungsverordnung: Die Kohärenz der Regelungen und Politiken sicherstellen, die Umsetzung erleichtern und ein „Bürokratiemonster“ vermeiden**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/4565](#)

5. **EU Deforestation Regulation (EUDR): Mit einer praxistauglichen und anwendungsfreundlichen EU-Entwaldungsverordnung den weltweiten Waldschutz vorantreiben**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/7632](#)

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, die Beratung der beiden Anträge zusammenzufassen.

Er bittet die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung.

Ferner bittet er den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung um eine Stellungnahme nach § 28 Abs. 4 in Verbindung mit § 39 Abs. 2 Satz 3 der der Geschäftsordnung des Landtages.

Der Ausschuss legt Wert darauf, die Beratung der Anträge möglichst zügig abschließen zu können.

6. **Dem Auftreten von klimabedingten Pflanzenkrankheiten angemessen begegnen - Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Schilf-Glasflügelzikade entwickeln**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/7644](#)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung einvernehmlich um eine mündliche Unterrichtung zu dem Antrag.

7. **Terminangelegenheiten**

Terminfestlegung für den Besuch der Grünen Woche 2026

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, am 21. und 22. Januar 2026 - sofern der Unterausschuss „Verbraucherschutz“ dies wünscht, gemeinsam mit dem Unterausschuss - die Grüne Woche 2026 in Berlin zu besuchen.